Bezugsgebühr: Vierteljährlich 2 Mk. 50 Pf.: durch die Post 3 Mk.

Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich Morgens; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zutragung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Teilausgaben Abends und Morgens zugestellt.

Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856.

Meyers elegante Herren-Anzüge
Schlafrock-Meyer, Frauenstr. 7.

Haupt-Geschäftsstelle: Marienstr. 38.

Anzeigen-Tarif.

Annahme von Ankündigungen bis Nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstr. 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite (Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile als „Eingesandt" oder auf Textseite 50 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Festtagen 1- bis 2spaltige Grundzeile 30, 40 bis 60 und 80 Pfg. nach höherem Tarif. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Fernsprechanschluß Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

Fritz Gilbers, Cigarrenhandlung,
89 Königsbrücker Strasse 89.
Filiale der „Dresdner Nachrichten"
empfiehlt sich zur Annahme von Inseraten und Abonnements für obige Zeitung.

Julius Beutler, Dresden, Wallstrasse 15
empfiehlt in grösster Auswahl:
Eiserne Oefen u. Herde, Haus-, Küchen- und Landwirtschafts-Geräte.

Permanente Ausstellung
von
Braut-Ausstattungen u. Zimmer-Einrichtungen
in allen Stilarten und Preislagen. — Zum Besuche ladet ein
G. Ritter, Möbelfabrik, Marschallstrasse 3, Elbberg 1.
Katalog gratis und franko.

Dresdner Vernickelungs-Anstalt von Otto Büttner, Falkenstrasse No. 1–3 (Hofgebäude).

Nr. 8. Spiegel: Französische Senatswahlen. Hofnachrichten. Angelegenheit der Kronprinzessin Zusammensetzung der 2. Kammer. Haushaltplan von Dresden. Postassistentenstellen. Gerichtsverhandlungen. | Muthmaßl. Witterung: **Mild, veränderlich.** | **Donnerstag, 8. Januar 1903.**

Die französischen Senatswahlen.

Der Senat der dritten französischen Republik, der durch Wahlen von Delegirten aus mehr als 36000 Gemeinden des Landes gebildet wird, hat dieser Tage seine verfassungsmäßige Drittelerneuerung vollzogen. Das Oberhaus der Republik besteht aus 300 Mitgliedern, die sich alle 9 Jahre zu einem Drittel der Neuwahl unterziehen müssen. Der Wahlakt erfolgt in der Hauptstadt jedes Departements durch ein Kollegium, das sich zusammensetzt aus den Parlamentsabgeordneten des Departements, den Generalräten, die etwa unseren Provinzialräten entsprechen, den Bezirksräten und einer Anzahl von Delegierten, die von den Gemeinderäten jeder Gemeinde unter deren Einwohnern ausgewählt werden und deren Zahl je nach der Größe der Gemeinde zwischen 1 bis 30 schwankt. Früher gab es auch lebenslängliche Senatoren, die jedoch später abgeschafft wurden, so daß nach dem Wegfall der wenigen Vertreter des lebenslänglichen Prinzips, die heute noch übrig sind, die gesamte Körperschaft ausschließlich zeitweilige Mitglieder aufweisen wird. Die Kosten der Senatswahlen sind beträchtlich. Da sie in der Departementshauptstadt stattfinden, so erhalten die Delegierten eine Reiseentschädigung, welche die Staatskasse für dieses Mal mit insgesamt einer Million Francs belastet. An Diäten beziehen die Senatoren so viel wie die Deputierten, 9000 Francs jährlich.

Die Geschichte des Senats läßt in ihrem bisherigen Verlaufe deutlich das stetige Fortschreiten des republikanischen Gedankens in der französischen Bevölkerung erkennen. Als die Senatoren im Palais Luxembourg im Jahre 1875 nach der Februarverfassung zum ersten male zusammentraten, standen 155 Monarchisten gegen 145 Republikaner. Bereits bei der nächsten Drittelerneuerung, die 1879 stattfand, bekamen indessen die Republikaner die Mehrheit, und diese ist seitdem bei den dann eingeführten jährigen Wahlperioden so regelmäßig gewachsen, daß heute kaum noch ein halbes Hundert von Männern im Senate sitzt, die als erklärte Gegner der Republik angesehen werden müssen, wenn sie auch selbst sich zum Teil nicht einmal offen als solche zu bekennen wagen, sondern sich mit der allgemeinen Bezeichnung „konservativ" belegen. Diese Entwickelung liefert einen überzeugenden Beweis von der Richtigkeit des prophetischen Wortes Gambettas, daß der „Große Rat der Gemeinden Frankreichs", das „Haus der Departements", sich zu einem Horte der Republik ausgestalten werde.

Auch die jetzigen Neuwahlen bieten einen weiteren Beleg für die Kräftigung des republikanischen Bewußtseins gerade bei demjenigen Teile des französischen Volkes, der die eigentlichen staatserhaltenden Kräfte, das solide, seßhafte Bürgertum, das große Heer der „kleinen Sparer", das sein Vermögen in der Staatsrente angelegt hat, umfaßt. Bei den Senatswahlen handelt es sich nicht um „Krethi und Plethi", wie bei den Kundgebungen des allgemeinen Stimmrechts, durch dessen Machtspruch die Deputiertenkammer gebildet wird, sondern dort kommt eine gewisse Elite der Wählerschaft, deren Urteil Anspruch auf ein wohlabgemessenes Gewicht machen darf, in Frage. Von diesem Standpunkte aus muß man rückhaltlos zugeben, daß das Ergebnis der jetzigen Wahlen, bei denen 98 frei gewordene Sitze von etwa 250 Kandidaten umworben wurden, mit seiner Verstärkung der bisherigen 60 Stimmen betragenden ministeriellen Senatsmehrheit um ein Dutzend Stimmen eine Befestigung der Stellung des Kabinetts Combes bedeutet. Das Leugnen auch die einsichtigen Gegner des Kabinetts nicht; so räumt beispielsweise der „Figaro" unumwunden ein, daß das Kabinett durch den Ausgang der Wahlen eine Anerkennung seiner Politik erfahren habe; jedenfalls könne man nicht behaupten, daß die gerechten Vorwürfe, die man gegen diese Politik erhoben habe, einen Einfluß auf die Gemüter der Wähler ausgeübt hätten.

Gleichwohl wäre es verfehlt, wollte man aus dem Wahlausfall den bedingungslosen Schluß ziehen, daß Frankreich als solches sich nunmehr einmütig für das ganze Darum und Daran der radikal-sozialistischen Politik, wie sie in dem Kabinett Combes verkörpert erscheint, ausgesprochen habe. Eine solche Auffassung geht mit Entschiedenheit zu weit, und sie wird insbesondere durch einen höchst bezeichnenden Zug widerlegt, der gerade den diesmaligen Senatswahlen in ganz besonderem Maße anhaftet. Auffallend ist nämlich die ungewöhnlich große Anzahl von Kammermitgliedern, die sich um einen Sitz im Senat beworben haben. Die Gründe dieser „Kammerflucht" sind nach dem offiziösen „Temps" darin zu suchen, daß immer mehr Abgeordnete, die Männer von Charakter und aufrichtigem Patriotismus sind, von einem unüberwindlichen Widerwillen gegen das jakobinische Treiben und das diktatorische Gebahren der radikal-sozialistischen Elemente in der Kammer erfüllt werden und deshalb aus der für sie unerträglich gewordenen Atmosphäre des Palais Bourbon in die Säle des Palais Luxembourg, in denen man keinen radikalen Terrorismus kennt, überzusiedeln bestrebt sind. Das ist ein konservativer Hauch in der dritten Republik, der dem unparteiischen Beobachter zu denken gibt und der u. a. auch im Senate selbst dadurch zum Ausdruck kommt, daß die Fraktion der gemäßigten Republikaner vielfach mit den Konservativen Hand in Hand geht.

Daß die französischen Senatswähler, die jetzt dem Ministerium Combes einen einstweiligen neuen Stützpunkt verschafft haben, in ihrer Mehrheit von des radikal-sozialistischen Gedankens Blässe angekränkelt und von dem Wunsche nach Zurückdrängung des sozialistischen Elements unberührt geblieben sein sollten, ist nach ihrer ganzen gut bürgerlichen Anschauungsweise nicht anzunehmen. Vielmehr muß gerade jenen Kreisen nach ihrer sozialen Eigenart die politische Bewegung, die auf eine völlige Ausscheidung der sozialistischen Beimischung aus der Regierung gerichtet ist, von Grund aus sympathisch sein. Wenn trotzdem ihr Wahrspruch zu Gunsten des Kabinetts Combes gelautet hat, so ist das offenbar in Betätigung des staatserhaltenden Grundsatzes des Quieta non movere geschehen, d. h., die Wähler wollten es vermeiden, ohne zwingende Not durch ihr Votum an einer bestehenden Regierung zu rütteln, die in ihren Augen trotz aller Mängel doch jedenfalls das eine Gute hat, daß sie zielbewußt republikanisch ist. Außerdem waren die Wahlprogramme der ministeriellen Kandidaten vorsichtiger Weise so abgefaßt, daß sie alle Anhänger der Politik der republikanischen Versöhnung, die Präsident Loubet im Vorjahre in mehrfachen Kundgebungen als die vornehmste innerpolitische Aufgabe proklamiert hat, auf sich vereinigen konnten. Hiernach beruht das Schwergewicht der Senatswahlen nicht in der doch jedenfalls nur vorläufigen Befestigung der persönlichen Stellung des Ministerpräsidenten Combes, sondern in der Bekundung des Willens der Wähler, an der republikanischen Verfassungsform unbedingt fest zu halten, und zu ihrem Schutze sogar zeitweilig lieber eine nicht genehme republikanische Regierung zu unterstützen, als ohne zwingenden aktuellen Anlaß und ohne die sichere Gewähr des Zustandekommens eines gemäßigt-republikanischen Kabinetts eine Krisis herauf zu beschwören, die in ihrem unbekannten Verlaufe vielleicht Gefahren für die Republik als solche im Schoße birgt.

Die Republik will das heutige Frankreich: daran kann nach den jetzigen Senatswahlen auch nicht der Schatten eines Zweifels mehr bestehen. Die republikanische Regierungsform ist den modernen Franzosen wirklich in Fleisch und Blut übergegangen und Präsident Loubet hat recht, wenn er erklärt, seine Landsleute seien der Republik „mit leidenschaftlicher Liebe ergeben". Daß aber die überwiegende Mehrheit der Franzosen auch die radikal-sozialistische Republik mit ihren unausgesetzten schweren Erschütterungen der öffentlichen Autorität und der staatserhaltenden Grundlagen will, das ist denn doch eine etwas kühne Behauptung, die durch den Ausfall der Senatswahlen nicht plausibler gemacht werden kann. Von allen Ereignissen, welche die verflossenen neun Jahre seit den vorletzten Senatswahlen im Jahre 1891 über die politische Schaubühne in Frankreich geführt haben: dem Kabinett Méline mit seiner ruhigen und kräftigen Autoritätspolitik, dem Dreyfusskandal, dem Neuboulangismus, dem Kabinett Waldeck-Rousseau mit der Kulturkampfpolitik und endlich der innigen Verbindung zwischen Radikalismus und Sozialismus im Kabinett Combes, ist zweifellos die übelste und bedenklichste Errungenschaft die Erhebung des revolutionären Sozialismus zum Range einer regierenden Partei und die fortschreitende Abhängigmachung der bürgerlichen Regierungsgewalt von ihren geschworenen Feinden. Alle diejenigen Franzosen, die sich noch ein lebendiges Verantwortungsgefühl und ein klares Empfinden für die Notwendigkeit bewahrt haben, den Weg zur sozialen Revolution der siegesbewußt heranstürmenden Partei der Herren Jaurès und Genossen rechtzeitig zu versperren, begegnen sich in dem Bestreben, einen Zustand zu schaffen, der die reinliche Scheidung zwischen den politischen Parteien zur Tatsache macht, so zwar, daß nur die radikal-sozialistische Gruppe auf der einen und eine Art von geschlossener, staatserhaltender republikanischer Gemeinbürgschaft auf der anderen Seite übrig bleibt. Wäre zu einer solchen Wendung jetzt schon die Zeit reif gewesen, so hätten wohl auch die Senatswähler, die noch einmal Herrn Combes als dem im Verhältnis zur Schaffung einer ungewissen Lage kleineren Uebel ihre Stimmen gegeben haben, nicht gezögert, die radikale Regierung preiszugeben und die Bahn für die Bildung eines rein bürgerlichen Kabinetts frei zu machen. Allerdings darf die Entscheidung nicht mehr allzu lange hinausgeschoben werden; sonst könnt es kommen, daß die bürgerlichen Republikaner den Siegeszug des Sozialismus überhaupt nicht mehr aufzuhalten vermöchten.

Neueste Drahtmeldungen vom 7. Januar.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Am heutigen Todestage der Kaiserin Augusta legte der Kaiser für sich und die Kaiserin vormittags im Mausoleum in Charlottenburg einen Kranz aus weißen Rosen nieder. Auch die Großherzogin von Baden ließ einen Kranz niederlegen. Der Kaiser reist morgen nach Hannover ab. — Der Kaiser hat dem bisherigen serbischen Gesandten Stefitsch den Kronenorden I. Klasse verliehen. — Prinz Oskar ist, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, nicht an den Masern, sondern nur an einem Erkältungsfieber erkrankt, dessen Verlauf so leicht ist, daß der Prinz bereits Ende dieser Woche nach Plön zurückkehren darf. Prinz August Wilhelm reist nach Ablauf der Ferien heute nach Plön zurück.

Berlin. (Priv.-Tel.) Dem Etat des Reichsamts des Innern sind weitere Denkschriften beigegeben über die bakteriologischen Laboratorien des Gesundheitsamtes, Krankheits- und Sterblichkeitsstatistiken zur Bekämpfung des Typhus und betr. die Wohnungsfürsorge für Arbeiter und gering besoldete Beamte in den Betrieben und Verwaltungen des Reiches. Die bakteriologischen Laboratorien des Gesundheitsamtes sollen an einer gemeinsamen Arbeitsstätte auf dem Dahlemer Gutsbezirk vereinigt werden. Bei dieser Gelegenheit soll auch die neu hinzutretende Protozoenforschung eine ständige Arbeitsstätte erhalten. Zur ein- Krankheits- und Sterblichkeits-Statistik sollen die Erhebungen der Ortskrankenkassen für Leipzig und Umgegend vom Jahre 1887 ab, welche sich auf über 1 500 000 Mitgliederjahre erstrecken, nutzbar gemacht werden. Zur Bekämpfung des Typhus werden 170 000 Mk. gefordert, die in erster Linie die Bildung dreier Typhusstationen behufs bakteriologischer Untersuchungen nach dem Vorbild der in Trier und Saarbrücken bereits bestehenden Stationen, aber mit größerer Beweglichkeit, ermöglichen sollen. Was die Wohnungsfürsorge anlangt, so sind von den für 1902 bewilligten 4 000 000 Mark 400 000 Mark für Ankauf von Baugelände, welches an Bauvereine zu Erbbaurecht gegeben worden ist (darunter in Dresden-Löbtau), verausgabt worden, während 3 600 000 Mark als Darlehen an Wohnungsbaugenossenschaften bewilligt worden sind. Betreffs des Geländeerwerbs in Dresden-Löbtau sagt die Denkschrift, daß sich dieser im wesentlichen als eine andere Form der Unterstützung der baugenossenschaftlichen Tätigkeit darstelle. Der Dresdner Spar- und Bauverein hatte die Absicht, das fragliche Grundstück, das nach seiner örtlichen Lage zur Errichtung von kleinen Wohnungen für Reichspostbeamte besonders geeignet erscheint, käuflich zu erwerben, und erbat zu diesem Behufe ein Reichsdarlehen. Da indes dieses nach den maßgebenden Grundsätzen lediglich auf das Grundstück nicht in ausreichender Weise gewährt werden konnte, so hätte das ganze große Unternehmen, das die Herstellung von kleine Wohnungen enthaltenden Gebäuden im Bauwerthe von 1½ Millionen Mark bezweckt und an welchem das Reich eben wegen der Reichspostbeamten besonders interessiert war, völlig fallen gelassen werden müssen. Es empfahl sich daher umsomehr, das Grundstück reichseitig zu erwerben und dem Verein in Erbbaurecht zu überlassen, als der sächsische Staatsfiskus, dem das Gelände gehört, dasselbe im Hinblick auf den gemeinnützigen Zweck unter sehr günstigen Bedingungen abzugeben bereit war. Das Grundstück ist Ende März 1902 dem Reichsfiskus aufgelassen, und es ist am 20. November 1902 der Grundstein für die auf demselben auszuführenden Baulichkeiten gelegt worden. Unter den Genossenschaften, denen Darlehen bewilligt worden sind, befindet sich der Dresdner Spar- und Bauverein mit 380 000 Mark. Zur das Rechnungsjahr 1903 liegen bereits Anträge auf Gewährung von Darlehen im Gesamtbetrage von etwa 1 000 000 Mk. vor. Der Fonds soll wie im laufenden Jahre wieder mit 4 000 000 Mark ausgestattet werden. Die Denkschrift hebt hervor, daß die Wohnungsverhältnisse in den Hafenstädten Kiel, Danzig und Wilhelmshaven, ferner in den großen Industriebezirken der Rheinprovinz und Westfalen, namentlich im Ruhrrevier, ferner in einer großen Zahl der aufblühenden Städte in den übrigen Teilen Deutschlands, so in Dresden und Leipzig, besonders ungünstig liegen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Krankheit des Herzogs Ernst von Sachsen-Altenburg gilt als behoben. Der Herzog widmet sich wieder voll den Regierungsgeschäften. Von einer Reise nach dem Süden ist vorläufig Abstand genommen. — Hauptmann v. Werner in der 6. Gendarmeriebrigade erhielt das Ritterkreuz 1. Klasse des Sächsischen Albrechtsordens; der berittene Gendarm Uecker und der Fuß-Gendarm Wenzel I das sächsische Allgemeine Ehrenzeichen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Hofkapellmeister Richard Strauß, über den das Gerücht verbreitet worden ist, er beabsichtige, seine Entlassung aus dem Verbande der Berliner Königlichen Theater zu nehmen, hat einem Freunde, der ihn deswegen befragte, geantwortet: Ich habe weder meine Entlassung eingereicht, noch beabsichtige ich, es zu tun, denn ich fühle mich hier andauernd außerordentlich wohl.

Stettin. (Priv.-Tel.) Eine Versammlung von Arbeitern der hiesigen Vulkanwerft nahm nach ziemlich stürmischem Verlauf eine Resolution an, wonach sie mit der Unterschriftensammlung zu dem Ergebenheitstelegramm an Zachen-Krupp an den Kaiser und dem Inhalt dieses Telegramms nicht einverstanden sind, vielmehr dieses Telegramm für eine „Rache" erklären, zu dem Zweck, den Kaiser über die wahre und ehrliche Gesinnung der Arbeiterschaft des „Vulkans" zu täuschen. Dieser Beschluß der Versammlung sollte dem Kaiser telegraphisch zur Kenntnis gebracht werden.

Hamburg. Die Deutsche Kohlendepot-Gesellschaft m. b. H. in Port Said, welcher die Hamburg-Amerika-Linie, der Norddeutsche Lloyd, die Deutsche Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Hansa", die Deutsch-Australische Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Robert M. Sloman u. Co., A. C. de Freitas u. Co. und die Deutsche Levante-Linie angehören, hat probeweise 50 000 Tonnen Kohlen vom Rheinisch-Westfälischen Syndikat für 1903 auf monatlichen Abruf bestellt. Bisher hatte sich das Depot ausschließlich englischer Kohlen bedient. Wie die „Neue Hamburger Börsenhalle" mitteilt, dürfte es sich infolge der Erhebung des Kohlenvorzolles von seiten Englands ermöglichen lassen, sich von England abzuwenden. Für die künftigen Maßnahmen des Deutschen Kohlendepots würde es allerdings maßgebend sein, ob die vorläufig unternommenen Versuche sich bewähren werden.

Cassel. (Priv.-Tel.) Fulda, Werra und Lahn sind über die Ufer getreten; weite Strecken sind überschwemmt.

Düsseldorf. (Priv.-Tel.) Der Arzt Jiraelski, der wegen angeblicher Sittlichkeitsverbrechen jüngst verhaftet wurde, ist nunmehr in Freiheit gesetzt worden, nachdem sich herausgestellt hat, daß er das Opfer einer falschen Anschuldigung geworden war. Der Urheber derselben ist ins Ausland geflüchtet.

Meiningen. Der Herzog hat den Musikdirektor Berger-Berlin zum Nachfolger des Musikdirektors Fritz Steinbach ernannt, welcher als Nachfolger Professor Wüllners nach Köln berufen ist.

Frankfurt a. M. Nach einem Newyorker Telegramm der „Frankf. Ztg." herrscht in Puerto Cabello große Aufregung über das Verlangen des Kapitäns des deutschen Schiffes „Gazelle", daß fünf früher vor Salomo befindliche Geschütze dorthin zurückgebracht werden müßten. Der Zolldirektor in Puerto Cabello erklärte, die Deutschen behandelten Venezuela schon jetzt als erobertes Land.

Breslau. (Priv.-Tel.) Der Bund der Landwirte erhebt in diesem Jahre, wie der „Schles. Volksztg." gemeldet wird, den doppelten Jahresbeitrag zu Agitationszwecken.

Pfund's sterilisirte (keimfreie) Kindermilch Trockenfütterung.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 79.